

Kreis Warendorf
Herrn Landrat Dr. Gericke
Waldenburger Straße 2
48231 Warendorf

Dagmar Arnkens-Homann
Fraktionsvorsitzende

SPD-Kreistagsfraktion Warendorf
Roonstraße 1
59229 Ahlen

Telefon: 02382 9144-60
Fax: 02382 9144-70
info@spd-kreistagsfraktion-warendorf.de
www.spd-kreistagsfraktion-warendorf.de

Resolution

Montag, 8. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,

im Namen der SPD-Fraktion beantragen wir, o. g. Resolution auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistages zu setzen.

Bund muss unverzüglich und vollständig die Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen übernehmen.

Der Kreis Warendorf bekennt sich zu seiner humanitären Verpflichtung und Verantwortung, den Flüchtlingen Hilfe zu leisten und heißt die ihm zugewiesenen Flüchtlinge willkommen. Die Integration von Flüchtlingen ist für unsere Gesellschaft auch mit vielen Chancen verbunden. Dafür müssen wir den passenden Rahmen schaffen, etwa über einen verbesserten Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt oder einen erleichterten Zugang zu Sprachkursen. Bund und Land dürfen unsere Kommunen bei der Bewältigung der Folgen internationaler Konflikte und Krisen aber nicht alleine lassen.

Im Jahr 2015 sind allein bis März schon insgesamt 85.394 Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingegangen; im Vergleich zum Vorjahr mit 37.820 Asylanträgen bedeutet dies eine Verdoppelung der Antragszahlen (+125,8 %). Mit diesem enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen geht der rasante Anstieg der kommunalen Kosten für die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge einher. Die Zahl an ankommenden Flüchtlingen wurden bisher massiv unterschätzt, so dass kurzfristige Hilfe erforderlich ist. Im Kreis Warendorf sind im Jahr 2014 ca. 720 neue Flüchtlinge zugewiesen worden, das sind 50 % mehr als in 2013 und in 2015 ist eine weitere deutliche Steigerung zu verzeichnen.

Beim BAMF liegen rund 200.000 unbearbeitete Asylanträge und die Bearbeitungszeit beträgt dort immer noch fast sechs Monate. Bund und Land haben auf ihrem Flüchtlingsgipfel am 08. Mai 2015 eine deutliche Personalaufstockung beschlossen. Auch sind die eingeleiteten Sofortmaßnahmen von Land und Bund, in den Jahren 2015 und 2016 bundesweit jeweils 500 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, ein wichtiger Beitrag, decken aber immer noch bei Weitem nicht die Kosten, die in allen Kommunen für die Versorgung und Unterbringung entstehen. Ganz zu schweigen von Kosten für Betreuungs- und Integrationsangebote wie beispielsweise bei Sprachkursen.

Der Kreis Warendorf sieht den Bund in der Pflicht, die Kommunen weiterhin spürbar zu entlasten. Wir schließen uns ausdrücklich der Forderung an, dass der Bund unverzüglich die Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen vollständig übernehmen muss. Dabei sind auch die kommunalen Integrationskosten und die Kosten der geduldeten Flüchtlinge vollständig miteinzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen



Dagmar Arnkens-Homann
Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion



Florian Westerwalbesloh
Stellv. Vorsitzender der SPD-
Kreistagsfraktion